



25.022

**Für eine gerechte Energie- und
Klimapolitik: Investieren
für Wohlstand, Arbeit und Umwelt
(Klimafonds-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une politique énergétique
et climatique équitable : investir
pour la prospérité, le travail
et l'environnement
(initiative pour un fonds climat).
Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.09.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Rieder Beat (M-E, VS), für die Kommission: Es gibt zwei Unterschiede zur vorherigen Diskussion über die Initiative "200 Franken sind genug!". Erstens brauchen wir hoffentlich weniger als zwei Stunden, und zweitens werden Sie einmal über einen Minderheitsantrag abstimmen müssen und nicht untätig sein können.

Die Klimafonds-Initiative wurde am 22. Februar 2024 eingereicht. Sie verlangt, dass mehr öffentliche Gelder für den Schutz von Klima und Biodiversität bereitgestellt werden. Dafür soll ein staatlicher Investitionsfonds geschaffen werden, in den jährlich 0,5 bis 1 Prozent des BIP fliessen soll. Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung in seiner Botschaft vom 29. Januar 2025, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Auf einen Gegenentwurf hat er verzichtet.

Das Initiativkomitee sowie Vertreter der Wissenschaft, von Economiesuisse, Swissscleantech und so weiter wurden in der UREK-N angehört. Der Nationalrat hat die Volksinitiative am 18. und 19. Juni 2025 beraten und mit 120 zu 64 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen, sie zur Ablehnung zu empfehlen. Der Antrag der Minderheit Grossen Jürg auf Rückweisung und Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlages mit Elementen der parlamentarischen Initiative Pfister Gerhard 22.451, "Ein neues schlankes und wirksames CO₂-Gesetz", wurde mit 175 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Das heisst, der Nationalrat hat keinen Gegenvorschlag ausarbeiten wollen.

Die UREK-S hat die Initiative am 3. Juli 2025 beraten. Die Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen die Initiative zur Ablehnung. Der Entscheid fiel mit 8 zu 3 Stimmen. Die Minderheit wird von Frau Kollegin Crevoisier Crelier angeführt.

Was fordern die Initianten? Sie fordern, dass der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des BIP in einen Klimafonds einzahlt. Das wären gegenwärtig zwischen 3,9 und 7,7 Milliarden Franken jährlich. Diese Mittel sollen unter anderem für die Dekarbonisierung des Verkehrs, der Gebäude und der Wirtschaft, für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz sowie für die Stärkung der Biodiversität eingesetzt werden. Wie der Fonds und die bestehenden Massnahmen zusammenspielen würden, lässt der Initiativtext offen. Der Bund könnte allenfalls bestehende Ausgaben oder zweckgebundene Erlöse in den Fonds umleiten. Doch selbst in diesem Szenario würde die Umsetzung der Initiative erfordern, dass zusätzliche Bundesmittel in grossem Umfang, Milliardenbeträge, in den Fonds fliessen müssen.





In den letzten Jahren wurden vom Parlament wichtige Gesetzesvorlagen verabschiedet, um finanzielle Anreize und Fördermassnahmen im Energie- und Klimabereich zu stärken.

AB 2025 S 972 / BO 2025 E 972

Ich erinnere Sie an das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG), das revidierte CO₂-Gesetz und das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Diese Beratungen haben wir übrigens mit dem Beschleunigungserlass fortgesetzt, der am Freitag dieser Woche, dem 26. September 2025, zur Schlussabstimmung kommen dürfte. Ebenfalls können die Gesetzesänderungen zur Stärkung der Schweizer Kreislaufwirtschaft angeführt werden, die auch zur Dekarbonisierung beitragen, indem man Rohstoffe mehrfach nutzt. Es wurden allein im Jahr 2025 vier neue Gesetze und einige Verordnungen umgesetzt. Es wird also im Klimaschutz bereits einiges getan. Bund und Kantone stellen heute bereits 2,4 Milliarden Franken pro Jahr für das Klima und den Umbau des Energiesystems bereit. Zum Beispiel werden durch das revidierte CO₂-Gesetz knapp 600 Millionen Franken pro Jahr für die Förderung eingesetzt, mit dem KIG werden rund 400 Millionen Franken pro Jahr eingesetzt.

Die Kommission kommt zum Schluss, dass die Initiative enorme Risiken in sich birgt:

1. Sie birgt finanzpolitische Risiken. Die vorgeschlagenen Klimaausgaben sollen nicht zu den ordentlichen Gesamtausgaben nach Artikel 126 Absatz 2 der Bundesverfassung zählen, die durch die konjunkturbereinigten Einnahmen plafoniert werden. Das bedeutet, der Bund soll sich vorübergehend verschulden können. Falls der Klimafonds ausschliesslich über neue Mittel finanziert wird, würde dies eine jährliche Neuverschuldung von 3 bis 6 Prozent bedeuten, die die ohnehin angespannte Finanzlage zusätzlich belasten würde und zu erneuten Sparanstrengungen vonseiten des Parlamentes führen müsste. Alternativ wären Steuererhöhungen erforderlich, um die Ausgaben langfristig zu decken. Sie können die Mehrheitsfähigkeit einer solchen Massnahme selbst einschätzen, weil Sie im Herbst dieses Jahres über das Entlastungspaket 2027 abstimmen und beim Budget 2026 ebenfalls über neue Sparmassnahmen diskutieren werden. Wenn Sie darauf noch weitere Sparmassnahmen aufpropfen, dann wird das Ganze wahrscheinlich ein Ding der Unmöglichkeit.

2. Bei Fördermitteln im von der Initiative verlangten Umfang können Effizienzverluste entstehen. Bei jeder Subvention hat man definitionsgemäss volkswirtschaftliche Verluste, allein schon durch die Administration und die Gefahr von Mitnahmeeffekten sind diese entsprechend gross.

3. Abgesehen von den finanzpolitischen Überlegungen, die sehr negativ sind, lehnt die Mehrheit Ihrer Kommission die Initiative ab, weil wir im KIG klare Rahmenbedingungen für die Klimapolitik geschaffen haben. Mit dem Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verfügt die Schweiz über den notwendigen Rahmen für den Ausbau von inländischer Stromproduktion; hier führen wir die Diskussion über den Beschleunigungserlass, wie bereits gesagt, intensiv fort. Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, damit mehr Strom produziert wird und damit auch mit erneuerbarer Energie entsprechende positive Effekte für das Klima erreicht werden können. Die Bereitschaft, in diesem Bereich mehr zu tun, mehr zuzulassen und nicht alles zu bremsen und nicht jedes Projekt mit Einsprachen und Beschwerden zu belegen, würde weit mehr bringen, als einfach zusätzliche Fördermittel bereitzustellen und diese dann flächendeckend in der Schweiz auszuschütten.

Aus diesen Gründen beantragt Ihnen die Mehrheit Ihrer Kommission, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Crevoisier Crelrier Mathilde (S, JU): Comme l'a très bien décrit le rapporteur de la commission, l'initiative pour un fonds climat vise à inscrire dans la Constitution le principe d'un fonds d'investissement qui permette de mobiliser les moyens financiers nécessaires pour permettre à la Suisse d'atteindre son objectif de décarbonisation à l'horizon 2050 – c'est la stratégie énergétique que l'on connaît bien. Actuellement, on sait que les émissions de gaz à effet de serre de notre pays entraînent des coûts et des dommages climatiques à hauteur d'environ 40 milliards de francs par année. Si l'on consacre à ce fonds entre 1,5 et 1 pour cent de notre PIB, comme le vise l'initiative, ce qui se traduirait en termes financiers par un montant de 3,9 à 7,7 milliards de francs par an, cela permettrait d'assurer l'atteinte de cet objectif climatique, mais ce serait également judicieux d'un point de vue économique.

La semaine passée, on a eu un débat passionné dans le cadre du message sur l'armée au sujet de l'augmentation d'un milliard de francs pour des munitions, afin d'assurer la défense de notre pays. Dans ce débat, il y a quelque chose que j'ai trouvé très juste et qui changeait un peu des débats habituels où les impératifs financiers sont toujours placés au-dessus de tout: le besoin en matière de défense devait l'emporter sur les impératifs de politique financière. Dans la discussion sur l'armée, évidemment, les avis divergeaient sur l'ampleur de la menace, et c'est pour cela que la proposition de la minorité a été rejetée. Mais sur le climat, le constat du dérèglement est unanime. Bien sûr, certains sont sceptiques concernant l'influence anthropique,



mais enfin, les effets du réchauffement, on les constate chaque jour, et tout le monde s'accorde à dire qu'il y a un problème. Dès lors, la clause du besoin étant établie, il est de notre responsabilité d'agir en conséquence. Alors, examinons la question. Est-ce qu'on en fait suffisamment en la matière ? Le chef du département, Monsieur le conseiller fédéral, dira que la Confédération en fait déjà beaucoup ; de l'ordre de 3 milliards de francs par année. Eh bien, c'est tant mieux, puisqu'une grande partie des montants qui sont déjà alloués à ce but pourra être affectée au fonds d'investissement prévu dans l'initiative et réduire ainsi la part de financement supplémentaire nécessaire.

Mais, plutôt que ce qui est fait, permettez-moi de rappeler ce qui est en train d'être défait. La politique énergétique et environnementale du Conseil fédéral est l'une des principales victimes du programme d'allègement du Conseil fédéral, puisque, par exemple, les seules coupes dans les subventions à la politique climatique s'élèvent déjà à 400 millions de francs par an. La suppression du programme Bâtiment – c'est bien sûr la pièce de résistance de ces coupes – ce sont justement ces 400 millions de francs provenant de la taxe sur le CO₂. Alloués annuellement aux cantons pour améliorer l'efficacité énergétique des bâtiments, ces 400 millions passent à la trappe.

Avant le programme d'allègement, tout laissait déjà penser que nous ne serions pas "auf Kurs" par rapport à la stratégie énergétique 2050. Je rappelle qu'en vertu de la loi sur le CO₂ et de l'Accord de Paris, d'ici 2030 nous devons avoir réduit nos émissions totales de gaz à effet de serre de 50 pour cent par rapport à 1990. Avec ses émissions internes, la Suisse en est très loin, puisqu'elle n'est jamais encore passée en dessous de la barre des 40 millions de tonnes équivalents CO₂ par rapport à 55 millions environ en 1990. Seules les compensations à l'étranger, avec tous les problèmes et les questionnements qu'elles soulèvent, nous permettent de suivre plus ou moins cette trajectoire.

Il est certain qu'avec le programme d'allègement et le ralentissement dans la rénovation et l'assainissement des bâtiments qu'il induira – car évidemment, tous les cantons n'auront pas les moyens de prendre les mesures à leur charge –, nous allons nous écarter de plus en plus de cette trajectoire. Et cela, sans même parler du résultat des votations fédérales de ce dimanche qui, si la suppression de la valeur locative venait à être entérinée par le peuple, ralentirait encore davantage les incitations à rénover les bâtiments.

Chères et chers collègues, un fonds d'investissement, ce ne sont pas des dépenses à fonds perdu, justement. C'est aussi une chance pour l'économie et pour l'innovation. Alors que les montants du domaine FRI vont aussi se contracter ces prochaines années, sans même parler du ralentissement économique induit par les effets directs et indirects de la crise des taxes douanières avec les États-Unis, il est particulièrement important de renforcer le soutien à l'innovation suisse dans les domaines clés de l'énergie et de la construction. C'est aussi une mesure de justice sociale et générationnelle. Investir aujourd'hui dans un fonds, c'est éviter de créer la dette des générations futures.

Plutôt que de conclure sur un poncif du genre "gouverner, c'est prévoir" et de vous appeler à vos responsabilités, je vais rendre un hommage aux citoyennes et aux citoyens, mais

AB 2025 S 973 / BO 2025 E 973

aussi aux milieux scientifiques, aux mouvements qui s'engagent pour la cause climatique et qui tentent de pallier l'inaction de plus en plus coupable du politique, en leur empruntant un slogan : "Il n'y a pas de planète B."

Je vous invite donc à soutenir ma proposition de minorité, et à recommander l'acceptation de l'initiative.

Graf Maya (G, BL): Kollegin Crevoisier Crelier hat es gesagt: Regieren heisst vorausschauen, und auch als Parlament, als oberste Behörde im Land, haben wir die Verantwortung, vorzusorgen. Heute zu investieren, heisst, morgen weniger zu bezahlen. Heute zu investieren, heisst, nicht den kommenden Generationen die gesamten Folgen der Klimakrise aufzubürden. Denn die Klimakrise ist da, wir spüren das jeden Tag und jedes Jahr.

2024 war das wärmste Jahr seit Messbeginn. 2025, dieses Jahr, ist auf Kurs für Platz zwei oder drei. Der "Emissions Gap Report" des UN Environment Programme geht von einem Temperaturanstieg von 2,6 bis 3,1 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrtausends aus, wenn der Kurs nicht drastisch verändert wird. Weltweit steigen die Ozeantemperaturen von Jahr zu Jahr drastisch an. Acht Jahre in Folge gab es neue Rekorde. Im August 2025, also in diesem Jahr, waren die Wassertemperaturen im Nordatlantik und Nordpazifik so hoch wie noch nie.

Sie denken jetzt: Was hat das mit der Schweiz zu tun? Ja, auch steigende Ozeantemperaturen befeuern Extremwetter wie intensive Niederschläge oder deutlich längere Hitzewellen, die wir bereits kennen. Die Konsequenzen der Extremwetterereignisse spüren wir auch hier in Europa und in der Schweiz. Diesen Sommer



gab es verheerende Waldbrände im Mittelmeerraum. Solche Brände sind aufgrund der Klimaerhitzung bis zu zehnmal wahrscheinlicher. In der Schweiz führt die Klimakrise weiterhin zum Schmelzen von Gletschern und Permafrost. Ereignisse wie der Bergsturz von Blatten werden dadurch immer wahrscheinlicher. Schmelzendes Eis und Permafrost führen auch zu mehr instabilen Hängen, zu mehr Steinschlag, zu mehr Gletscherabbrüchen und bei Starkregenereignissen zu mehr Überschwemmungen im Mittelland.

Unsere Sommer werden auch immer extremer. Städte und Agglomerationen werden zu Hitzefallen. Darunter leiden besonders ältere Menschen und Kleinkinder. Chronisch Kranke und Menschen, die draussen arbeiten müssen, sind ebenfalls betroffen. Ende Juni 2025 sind in zwölf europäischen Grossstädten in zehn Tagen über 2300 Menschen an den Folgen von extremer Hitze gestorben. Nehmen wir das in Zukunft hin?

Es ist klar, wir müssen handeln, und zwar dringend. Wichtig ist, dass wir schon viel in den Klimaschutz und auch in die Bewältigung der Folgen der Klimakrise investieren. Doch wir wissen eigentlich alle genau, dass es nicht reicht und dass es nicht reichen wird. Es ist Zeit für eine ernsthafte, wirksame Klimapolitik, und den Auftrag dafür haben wir: Wir haben einerseits ein internationales Abkommen unterschrieben, das Pariser Klimaabkommen – eine Verpflichtung also –, und wir müssen es umsetzen und Massnahmen ergreifen. Andererseits hat die Schweizer Bevölkerung die Klimaziele in der Verfassung verankert und an der Urne immer wieder bestätigt, dass sie eine Umsetzung will, und zwar hier in der Schweiz. Doch können wir Massnahmen umsetzen, ohne dass wir Investitionen tätigen?

Meine Kollegin hat es gesagt, wir investieren in die Schweizer Armee. Wir müssen aber auch in den Klimaschutz investieren, und wir müssen auch investieren, um Notlagen und Naturkatastrophen finanziell absichern zu können. Ich bedauere es sehr, dass wir nicht einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet haben, denn es wurde bereits letzten Herbst mit der parlamentarischen Initiative Regazzi 24.446 die Einrichtung eines nationalen Fonds für Naturkatastrophen gefordert. Kollege Regazzi hat in seinem Kanton direkt erlebt, wie es ist, wenn Menschen von heute auf morgen alles verlieren, sogar ihre Heimat, wie wir das jetzt in Blatten erleben müssen, weil die verantwortlichen Gemeinden und die Kantone je nachdem, ob es Versicherungen gibt, damit überfordert sind, die Schäden und vor allem auch die Folgeschäden zu bezahlen. Hier braucht es wirksame Entschädigungen für die betroffenen Gemeinwesen und die betroffenen Menschen.

Dies alles ist mit der Klimafonds-Initiative möglich. Sie stellt sicher, dass der Bund jedes Jahr genügend Mittel hat, um die Energiewende umzusetzen, unsere Natur und die Biodiversität zu schützen, die Dörfer sicherer zu machen und unsere Städte bewohnbar zu halten. Sie gibt Bund und Kantonen die finanziellen Mittel, um Projekte rasch umzusetzen. Das geht von der Gebäudesanierung bis zum Ausbau der Solarenergie, von den Programmen zum Schutz der Artenvielfalt bis zu Schutzmassnahmen in Bergdörfern oder Hitzeschutzmassnahmen in Städten und natürlich der Unterstützung der Unternehmen für die Transformation. Ja, das alles, das hat auch der Kommissionssprecher gesagt, braucht Investitionen. Doch, wie gesagt, heute zu investieren, heisst, morgen nicht doppelt, dreifach oder zehnfach dafür zu bezahlen oder – noch schlimmer – die nächsten Generationen dafür bezahlen zu lassen.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Klimafonds-Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Regazzi Fabio (M-E, TI): Ich lehne die Klimafonds-Initiative ab, weil sie der falsche Ansatz ist. Ich möchte nicht nochmals alle bekannten Argumente wiederholen, sondern insbesondere die Folgen für unsere Wirtschaft hervorheben. Die Initiative setzt einseitig auf massive Bundessubventionen. Genau das ist problematisch. Diese Subventionen würden nicht nur das im Umweltrecht verankerte Verursacherprinzip aushöhlen, sie bergen auch das Risiko, private Investitionen zu verdrängen. Gerade für unsere KMU würde das Unsicherheit bedeuten. Sie wären mit steigenden Abgaben, zusätzlicher Bürokratie und einem Markt, in dem staatliche Gelder die private Dynamik blockieren, konfrontiert. Anstatt die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken, würde ein solcher Fonds eine Abhängigkeit von Bundesgeldern schaffen und damit auch Ineffizienz fördern.

Il est en outre particulièrement préoccupant que, selon l'initiative, les dépenses en lien avec le climat ne soient pas soumises au frein à l'endettement. Cela conduit directement à un endettement accru et affaiblit la stabilité financière de notre pays. En fin de compte, ce serait à nouveau les contribuables, et avec eux l'économie, qui devraient supporter ces charges.

Was wir hingegen brauchen, sind gezielte und pragmatische Instrumente, die dort ansetzen, wo konkrete Risiken und Schäden entstehen, etwa im Bereich von Naturgefahren wie Überschwemmungen, Murgängen oder Erdbeben.

Erlauben Sie mir in eigener Sache den Hinweis auf meine parlamentarische Initiative 24.446 zur Einrichtung eines nationalen Fonds für Naturkatastrophen, sie wurde schon von Kollegin Graf erwähnt. Dieser Ansatz geht genau in die richtige Richtung: zielgerichtet auf reale Bedrohungen fokussiert und offen für unterschiedliche Finanzierungsinstrumente. Es geht darum, Vorsorge zu treffen und dort zu investieren, wo Schäden tatsächlich



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2025 • Neunte Sitzung • 22.09.25 • 15h15 • 25.022
Conseil des Etats • Session d'automne 2025 • Neuvième séance • 22.09.25 • 15h15 • 25.022



entstehen, und nicht darum, Milliarden in einen Fonds zu lenken, dessen Wirkung unklar bleibt und der am Ende zu einer zusätzlichen Belastung der Wirtschaft führt. Meine parlamentarische Initiative wird demnächst in der UREK-S beraten, ich bin auf das Ergebnis gespannt.

Klimapolitik braucht Augenmass, Effizienz und die Einbindung der Wirtschaft. Die Klimafonds-Initiative verfehlt all diese Kriterien.

Deshalb bitte ich Sie, der Mehrheit und dem Bundesrat zu folgen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Fivaz Fabien (G, NE): J'aimerais répondre rapidement à mon préopinant, M. Regazzi. J'ai justement l'impression que, dans le domaine de la politique climatique, il faudrait agir maintenant. En fait, on se rend quand même compte que le coût de l'inaction climatique est immense et que, si nous ne faisons rien aujourd'hui, dans cinq ans, dans dix ans, dans quinze ans – parce que la situation ira de mal en pis –, cela nous coûtera encore et encore plus cher.

Je prends l'exemple d'une étude publiée il y a quelques jours, qui montre que la sécheresse cette année dans l'Union européenne, en juillet et au mois d'août en particulier, a coûté à

AB 2025 S 974 / BO 2025 E 974

l'économie plus de 43 milliards de francs. Ce sont des coûts qui s'accumuleront année après année et cela ira de mal en pis. La commission traitera, par exemple, votre proposition de fonds pour les régions qui sont touchées en particulier – on parle du Tessin l'année passée, de La Chaux-de-Fonds en 2023, de Blatten cette année. Ces régions devront utiliser l'argent d'un fonds pour se reconstruire, pour s'adapter au réchauffement climatique et, malheureusement ou heureusement, la proposition qui vient aujourd'hui, qui pourrait être acceptée par la population, vise précisément cela. Elle indique que le coût de l'inaction est tel que nous devons investir 0,5 à 1 pour cent du PIB chaque année pour réussir à faire cette transition.

J'aimerais quand même encore dire que les plans du Conseil fédéral pour l'après 2030 sont insuffisants, à mon avis, en particulier parce que nous ne prenons pas en compte un des problèmes, à savoir celui des importations de CO₂. Aujourd'hui, la Suisse importe près de la moitié de son bilan carbone de l'étranger – c'est-à-dire lorsque nous faisons des achats, lorsque nous achetons chinois plutôt que suisse, etc. C'est une immense source d'émissions de CO₂ qui aujourd'hui n'est malheureusement pas prise en compte. Pour reprendre l'exemple des PME suisses, je trouverais intéressant que l'on se rende compte à quel point elles doivent affronter des défis en matière de recherche et de développement, pour savoir comment s'adapter et comment adapter leurs outils de production au réchauffement climatique. Ce fonds le permettrait, en particulier pour les plus petites entreprises pour lesquelles, aujourd'hui, la recherche et le développement et l'innovation sont de plus en plus difficiles.

Merci de recommander l'acceptation de cette initiative populaire.

Rieder Beat (M-E, VS), für die Kommission: Ich reagiere auf einzelne Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner. Es ist nicht so, dass die Mehrheit der UREK-S die Warnsignale im Bereich des Klimawandels auf die leichte Schulter nimmt. Die Schweiz macht nicht nichts. Sie investiert bereits jährlich etwa 2,4 Milliarden Franken in den Klimabereich. Aber es ist so, dass wir uns für diesen Bereich einmal überlegen müssen – und das werden wir im Zusammenhang mit der Behandlung der parlamentarischen Initiative Regazzi 24.446 tun –, ob wir zur Überwachung, zur Prävention und zum Schutz vor solchen Folgen des Klimawandels in der Schweiz noch zusätzliche Mittel brauchen oder Mittel umschichten müssen.

Dort besteht wahrscheinlich Nachholbedarf, auch wenn ich sagen muss, dass der Bundesrat in der Vergangenheit mehrere Programme aufgeschaltet hat; ich erwähne namentlich Owarne 1 und Owarne 2. Dort hat er die Zeichen der Zeit bereits erkannt und zusammen mit Meteo Schweiz Programme aufgebaut. Es besteht aber durchaus noch Nachholbedarf, und dieser Nachholbedarf könnte sich in sämtlichen Bereichen der Schweiz auszahlen, nicht nur im Gebirge, sondern auch im Flachland. Ich glaube, dass die Folgen eines verstärkten Klimawandels nicht nur die Berggebiete, sondern auch andere Regionen der Schweiz stärker betreffen werden. Wir werden daher die Diskussionen über die parlamentarische Initiative Regazzi sehr aufmerksam verfolgen, und wir werden die Initiative allenfalls auch nutzen, um weitere Mittel freizuschaffen – für eine bessere Überwachung, eine bessere Prävention und einen besseren Schutz der Schweizer Bevölkerung.

Rösti Albert, Bundesrat: Die Klimafonds-Initiative wurde am 22. Februar 2024 mit 102 354 gültigen Unterschriften eingereicht. Der Bundesrat empfiehlt Ihnen, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Ich erläutere Ihnen gerne die wichtigsten Gründe dafür.

Die Initiative fordert, dass der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in einen Klimafonds einzahlt; das wären derzeit zwischen 3,9 und 7,7 Milliarden Franken. Diese Mittel sollen für die Dekarboni-





sierung des Verkehrs, der Gebäude und der Wirtschaft, für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz sowie für die Stärkung der Biodiversität eingesetzt werden. Auch aufgrund der klaren Zielsetzung der Initiative – es geht um die Mitigation, die Vermeidung des CO₂-Ausstosses – erachte ich, dass es nicht zielführend gewesen wäre, ihr die parlamentarische Initiative Regazzi 24.446 gegenüberzustellen, weil diese letztlich etwas anderes will; womit ich nicht sage, dass es sie nicht braucht. Deshalb unterstützt der Bundesrat die Haltung, dass man hier keinen Gegenvorschlag macht.

Wie der Fonds und die bestehenden Massnahmen zusammenspielen würden, lässt der Initiativtext offen. Es wurde bereits verschiedentlich gesagt, ich möchte es wiederholen: Selbstverständlich ist es dem Bundesrat wichtig, das Klima- und Innovationsgesetz umzusetzen. Dieses sagt klar, dass wir bis 2050 netto aus den fossilen Energien aussteigen. Sie haben hierzu diverse Gesetzgebungen verabschiedet. Der Bundesrat hat all diese Gesetze, ohne zu zögern, auf Anfang dieses Jahres umgesetzt. Ich möchte das schon klar sagen: Es kam beim Bundesrat bei diesen Gesetzen zu keinerlei Verzögerungen. Er hat die Änderung des CO₂-Gesetzes per 1. Januar 2025 umgesetzt; er hat zur Stärkung der erneuerbaren Energien das Stromversorgungsgesetz per 1. Januar dieses Jahres umgesetzt; er hat das Klima- und Innovationsgesetz umgesetzt. Die Fördertatbestände laufen, und die Stärkung der Kreislaufwirtschaft ist auch in der Umsetzung. Auch das dient letztlich dem Klimaschutz.

Zudem hat er jetzt Eckwerte bekannt gegeben, wie er sich den Klimaschutz zwischen 2030 und 2040 vorstellt. Und da, wenn Sie mir diese Bemerkung gestatten, staune ich schon über die harte, um nicht zu sagen vernichtende Kritik der Befürworter dieser Initiative. Dass man das als ungenügend betrachtet, okay, aber dass man sich aus einigen Kreisen so vernichtend äussert und auf die Eckwerte des Bundesrates so despektierlich reagiert, begreife ich nicht. Denn die Eckwerte, die ein Emissionshandelssystem für Verkehr und Gebäude vorsehen, werden uns deutlich mehr Mittel generieren, mehr Mittel, die dann wieder für Innovationen und für den Klimaschutz eingesetzt werden können. Es sind etwa dreimal mehr, als wir heute über das bestehende CO₂-Gesetz generieren können, weil im Rahmen des Verkaufs von Zertifikaten keine Rückverteilung mehr stattfindet und wir uns relativ nahe an die Entwicklung in der EU bringen können.

Ich bitte Sie einfach – das ist mein Appell ohne Bezug zu dieser Initiative –, das nicht zu zerreden, bevor wir überhaupt in die Vernehmlassung gestartet sind. Klar, kann man dann darüber sprechen, ob man das etwas abschwächen soll, aber der Bundesrat war relativ mutig und hat gesagt: Wir wollen, dass genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Es wurde gesagt, auch bei der Umsetzung des Entlastungspakets werden 2 Milliarden Franken für Klima- und Innovationsschutz eingesetzt. Letztlich ist der Bundesrat der Auffassung, dass es keinen Sinn machen würde, den ganzen Klimaschutz, der aus einem geschickten Mix aus Anreizen, Fördertatbeständen und Regulierungen besteht – ich denke auch an das Emissionshandelssystem für die grosse Industrie –, einfach über den Haufen zu werfen und nur noch über Förderungen zu sprechen. Denn damit würde man sehr teure Förderungen generieren, die mit enormen Mitnahmeeffekten verbunden wären. Man würde den Markt verzerren. Wir haben das Problem der Mitnahmeeffekte ja schon heute, insbesondere beim Gebäudeprogramm. Wenn wir nur noch fördern, wird diese Problematik grösser, und es wird massive Ineffizienzen geben.

Deshalb empfiehlt der Bundesrat die Initiative klar zur Ablehnung: aufgrund dieser faktischen Situation, aufgrund der bereits hohen Investitionen, die er jährlich tätigt, aufgrund Ihrer Beschlüsse, aber letztlich natürlich auch aufgrund der finanzpolitischen Risiken. Klar, ist das auch ein wichtiger Hintergrund, denn die vorgeschlagenen Klimaausgaben sollen nicht zu den ordentlichen Ausgaben zählen, die durch die konjunkturbedingten Schwankungen der Einnahmen plafoniert werden. Das würde eine vorübergehende Neuverschuldung von jährlich 3 bis 6 Prozent bedeuten, und ich glaube, das wäre in der aktuellen Phase nicht sinnvoll. Die einseitige Fokussierung auf die Bundessubventionen habe ich erwähnt.

Ich bitte einfach darum, keine Kausalität zwischen einem Fall Blatten oder einem Fall La Chaux-de-Fonds – so tragisch diese Ereignisse sind – und den Massnahmen, die wir hier beschliessen, herzustellen, das ist einfach nicht korrekt. Wir

AB 2025 S 975 / BO 2025 E 975

können noch so grosse Massnahmen beschliessen, wenn nicht die ganze Welt mitmacht, werden solche Ereignisse trotzdem passieren. Ich bin der Ansicht, dass wir einen eindeutigen und klaren Auftrag haben, in der Schweiz unsere Arbeit zu machen. Das heisst, wir sollen Vorbild sein, wir können Innovationen in die Welt schicken und damit sogar auch weltweit einen Beitrag leisten. Da bin ich, da ist der Bundesrat absolut bei Ihnen – er macht, was er kann. Aber wenn wir den CO₂-Ausstoss senken, was wir seit 2009 massiv gemacht haben, während er gleichzeitig in der ganzen Welt steigt, ist es den Leuten Sand in die Augen gestreut, wenn wir sagen, dass wir solche Ereignisse verhindern können, wenn wir noch etwas mehr machen würden – das





können wir einfach nicht. Wir müssen Anpassungsmassnahmen treffen, das ist absolut richtig, das heisst aber nicht, dass wir sonst nichts tun. Aber diese direkte Kausalität finde ich auch gegenüber den Betroffenen nicht korrekt. Ich bitte Sie einfach, die globale Sicht nicht zu vergessen.

Ich werde für die Schweiz an die Klimakonferenz COP reisen dürfen, und ich garantiere Ihnen, ich werde mich dort dafür einsetzen, dass nicht nur wir Schweizer, sondern dass wir diese Anstrengungen weltweit machen, denn dann kommen wir vorwärts. Und nochmals: Mit einem Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr würden wir deutlich mehr Mittel generieren. Wir werden Ihnen den Vernehmlassungsbericht nächsten Sommer vorlegen, und das ist eine echte Alternative zur Initiative, die der Bundesrat deshalb zur Ablehnung empfiehlt.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une politique énergétique et climatique équitable : investir pour la prospérité, le travail et l'environnement (initiative pour un fonds climat)"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Crevoisier Crelier, Fivaz Fabien, Maillard Pierre-Yves)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Crevoisier Crelier, Fivaz Fabien, Maillard Pierre-Yves)

... aux cantons d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.022/7703)

Für den Antrag der Mehrheit ... 34 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsident (Caroni Andrea, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.